

Wie Medien Deutschlands Atomausstieg herbeischrieben

Welt, 11.03.2021, Axel Bojanowski

Deutschlands Ausstieg aus der Kernenergie ist international ein Sonderfall. Wissenschaftler kommen zu einem brisanten Ergebnis: *Medien haben über Jahrzehnte konsequent Stimmung gemacht gegen Atomkraft – und den Ausstieg regelrecht erzwungen.*

Deutschlands Entschluss, aus der Atomenergie auszusteigen, war der Schlusspunkt einer jahrzehntelangen Entfremdungsgeschichte. Sie handelt von einem Land, dessen Wohlstand auf Technologie gründet, das aber zugleich Technologie misstraut.

Vor zehn Jahren, am 11. März 2011, erschütterte ein extremes Erdbeben den Meeresboden vor Japan, riesige Wellen verwüsteten die Ostküste des Landes; ungefähr 20.000 Menschen starben in den Wassermassen.

Das Atomkraftwerk in Fukushima, das direkt an der Küste stand, hielt dem Druck des Wassers nicht stand, die Stromversorgung fiel aus, Kühlwasser verdampfte, es kam zur Kernschmelze. Radioaktive Strahlung drang heraus, sodass Tausende Menschen umgesiedelt werden mussten.

Deutschen Atomkraftwerken drohen keine Tsunamis, eine Katastrophe wie in Fukushima könnte es hierzulande nicht geben. Dennoch stieg Deutschland 2011 wegen der Tsunami-Katastrophe von Japan aus der Atomkraft aus – ein Sonderfall: Industrieländer, die nicht über große Reservoirs von Wasserkraft oder Erdwärme verfügen, betreiben Atomenergie oder Kohlekraft. Deutschland will beide Energiequellen loswerden. Wie ist der Sonderweg zu erklären?

Untersuchungen von Medienforschern legen nahe, dass Medien in Deutschland die Abneigung gegenüber Kernenergie auf besondere Weise schürten. Die Katastrophe in Fukushima ließ die Stimmung eskalieren.

Daten zeigen, dass Kernenergie in den 1970er-Jahren bei Journalisten in Deutschland in Ungnade gefallen war, berichtet Hans Mathias Kepplinger von der Universität Mainz, der internationale Medienberichte seit den 1960er-Jahren zum Thema Atomkraft ausgewertet hat.

Bis 1973 hätten Umfragen ergeben, dass in deutschen Redaktionen ein positives Bild der Kernkraft überwogen hatte. Wie Untersuchungen von Andre Modigliani von der University of Michigan dokumentieren, betonten deutsche und US-amerikanische Medien wegen der Ölkrise Anfang der 1970er-Jahre eine höhere Sicherheit der Energieversorgung durch die Nutzung der Atomenergie.

1974 kippte das Urteil der Journalisten in Deutschland – im Gegensatz zu den USA – ins Negative. In der deutschen Bevölkerung hingegen herrschte zunächst noch ein positives Meinungsbild über Kernkraft, berichtet Kepplinger auf Grundlage von Umfragen. „Mit ein bis zwei Jahren Verzögerung folgte der Trend der Bevölkerungsmeinung aber dem Trend der Mediendarstellung“, sagt der Forscher.

Medien hätten die Meinungen in der Bevölkerung „entscheidend geprägt“. Die Ursachen des Meinungsumschwungs bei den Journalisten in Deutschland bleiben unklar, möglicherweise manifestiere sich darin der Aufstieg einer neuen Journalistengeneration, meint Kepplinger. Dass der Umschwung eher nicht von sachlichen Argumenten oder neuen Erkenntnissen getrieben wurde, legt der Vergleich mit anderen Ländern nahe.

Die verstorbene französische Regierungsberaterin Brigitte Sauzay, Autorin zahlreicher Publikationen zum deutsch-französischen Verhältnis, hat die Beziehung beider Länder zur Kernkraft analysiert – sie sieht einen Zusammenhang mit der veränderten wirtschaftlichen Lage in den Siebzigern in Deutschland: Nach dem erfolgreichen Wiederaufbau des Landes in den 1960er-Jahren, als das Wirtschaftswachstum im Vordergrund stand, hätten sich viele Deutsche auf eine deutsche Tradition besonnen: dem Misstrauen gegenüber Technologie.

Im Gegensatz zu den Franzosen, die darauf ausgerichtet wären, „die Natur zu korrigieren“, machten Deutsche die Natur „zum Ziel jeglicher Kultur“, empfänden viele Deutsche die Kernenergie mithin als „permanente Gefahr für eine bestimmte natürliche Ordnung“.

Ignorierte Wissenschaftler

Nach dem Wiederaufbau wären ökologische Themen in Deutschland „Gegenstand wachsender Sensibilisierung“ geworden, schrieb Sauzay. Kernkraftgegner wären „zum Motor der Ökologiebewegung“ geworden.

Insbesondere bürgerliche Intellektuelle hätten sich den aufkeimenden Widerstandsgruppen gegen Atomkraft angeschlossen, ein Milieu also, dem auch viele Journalisten entstammen. Keplingers Medienanalysen haben gezeigt, dass in den Medien immer seltener Wissenschaftler zu Wort kamen, die sich positiv über Atomkraft äußerten.

„Je eindeutiger die Journalisten eines Blattes von 1965 bis 1986 gegen Kernenergie Stellung nahmen, desto eher ließen sie Experten zu Wort kommen, die sich ebenfalls dagegen aussprachen“, berichtet Keplinger über seine Journalistenbefragungen von 1965 bis 1986.

Eine Analyse von „Spiegel“ und „Zeit“ zwischen 1975 und 1981 des Medienforschers Klaus Overhoff zeigte, dass die Wochenmagazine verstärkt die Umweltrisiken der Atomtechnologie betonten.

In den USA hingegen, wo es 1979 einen Unfall im AKW Three Mile Island gegeben hatte, berichteten Medien selbst in jener Zeit überwiegend positiv über Kernkraft, dokumentierte eine Studie 1982 in „Journalism Quarterly“. Die Medien nahmen den Reaktorunfall demnach kaum zum Anlass, die Sicherheit von Atomkraftwerken in Zweifel zu ziehen.

Auch nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl 1986 war in den US-amerikanischen Medien keine grundlegende Neubewertung des Themas Strahlenbelastung zu lesen, zeigte eine Analyse im Fachmagazin „Journal of Communication“ 1987.

In Deutschland indes etablierte Tschernobyl die Abneigung gegen Kernkraft, während Frankreich „gemäßigt reagierte“, wie Sauzay schrieb: In Frankreich hätten Medien die hohen Sicherheitsstandards französischer Reaktoren betont, Deutschland hingegen wäre „von einer regelrechten Panik erfasst worden“.

Verändertes Meinungsklima

Keplingers Studien bestätigen den Eindruck: Deutsche Zeitungen hätten nach Tschernobyl fast genauso intensiv über deutsche Atomkraftwerke berichtet wie über den Reaktorunfall in der Sowjetunion, während französische Medien nach Tschernobyl kaum über französische Kernenergie berichteten.

„In Frankreich wurde der Reaktorunfall als Folge eines spezifischen Problems in der Sowjetunion begriffen, in Deutschland hingegen als eine Bestätigung etablierter Ängste vor den Risiken der Kernenergie“, sagt Keplinger.

Die Medienberichterstattung habe das Meinungsklima in Deutschland entscheidend verändert: „Sie ließ das Lager der Kernkraftbefürworter kleiner erscheinen, als es tatsächlich war, und so mussten die Befürworter annehmen, eine extrem gefährliche Technologie zu unterstützen“, berichtet der Medienforscher.

Positivstimmen aus Wissenschaft und Wirtschaft wären seit Mitte der 1970er-Jahre wenig zu Wort gekommen. Stattdessen dominierten Bilder von Protesten gegen Kernkraftwerke und gegen das geplante Endlager für AKW-Brennstäbe in Gorleben die Medien.

Dennoch drehte sich in den 2000er-Jahren vorübergehend die Stimmung. Unter dem Eindruck von Klimawandel und Energiewende gewann die Kernenergie an Zustimmung: 2010 sprach sich repräsentativen Meinungsumfragen zufolge wieder eine knappe Mehrheit der Deutschen für Kernkraft aus. Die Fukushima-Katastrophe im Folgejahr aber änderte auf einen Schlag die Umfrageergebnisse.

Das deutsche Fernsehen zeigte die Explosion des Reaktors in Fukushima am 12. März 2011 in Endlosschleife. Es wiederholte sich das bekannte Muster: Im Gegensatz zum Ausland hätten deutsche Medien die Katastrophe nahezu unisono auf Deutschland übertragen, berichtet Kepplinger.

Gleichförmige Berichterstattung

Während sich etwa britische und französische Medien vor allem mit dem Reaktorunfall in Japan selbst beschäftigten, hätten deutsche Medien zumeist die vermeintliche Relevanz des Reaktorunfalls fürs eigene Land beschrieben. Deutsche Journalisten ließen vorwiegend jene Experten zu Wort kommen, die den Glauben an einen notwendigen Atomausstieg bestätigten.

Medienforscher der TU Ilmenau haben auf regionaler Ebene die Berichterstattung speziell in Thüringen untersucht: Die Gleichförmigkeit der Berichterstattung und ihre Intensität hätten es dort schwierig gemacht, sich der gängigen Deutung der Medien zu entziehen.

„Deutsche Medien gingen sehr selten auf die spezifischen Ursachen der Katastrophe ein, sie erweckten den Eindruck, die Reaktorkatastrophe bei Fukushima sei ein Beleg für die generellen Risiken der Kernenergie“, schreibt Kepplinger. Deutsche Medien hätten nach Fukushima zwischen

neun- und 18-mal so viele Forderungen nach einem Atomausstieg erhoben wie Medien in Großbritannien und Frankreich.

Schon zwei Tage nach dem Tsunami sah sich der damalige Umweltminister Norbert Röttgen zu der wegweisenden Aussage gedrängt: „Wir brauchen eine andere Energieversorgung.“ Erst ein halbes Jahr zuvor hatte die Regierungskoalition unter Angela Merkel den von der rot-grünen Vorgängerregierung beschlossenen Atomausstieg rückgängig gemacht und Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke beschlossen.

Dann die Wende: Drei Tage nach dem Tsunami in Japan verkündete Merkel am 14. März 2011 ein dreimonatiges Moratorium – es war der Anfang vom Atomausstieg, der drei Monate später beschlossen wurde: In ihrer Regierungserklärung am 9. Juni 2011 erklärte die Kanzlerin: „Die Nutzung der Kernenergie in Deutschland wird bis 2022 beendet.“

Von Zerstörungen „apokalyptischen Ausmaßes“ sprach Merkel nach dem Tsunami in Japan: Die Ereignisse lehrten, sagte die Bundeskanzlerin, „dass etwas, das nach wissenschaftlichen Maßstäben für unmöglich gehalten wurde, doch möglich werden könnte“.

„Boden weggezogen“

Damit hatte die Kanzlerin der politischen Konkurrenz knapp zwei Wochen vor der Landtagswahl einen Trumpf geklaut: „Uns wurde natürlich der Boden weggezogen in dem Moment, als Frau Merkel entschieden hat, jetzt gibt es erst mal ein Moratorium“, erzählte Jürgen Trittin von den Grünen, ein Vorkämpfer für den Atomausstieg, in der ARD-Dokumentation „Fukushima und der deutsche Atomausstieg“.

Es wäre angesichts der Berichterstattung über Kernenergie hierzulande eine wahltaktische Entscheidung gewesen, meint Medienforscher Kepplinger: „In Deutschland wurde Fukushima zum Menetekel, das Konsequenzen verlangte.“

Dass Medien Politiker zu dem Schritt gedrängt hätten, ließe sich nicht beweisen, schreibt indes eine Gruppe um Hans-Jürgen Weiß von der Freien Universität Berlin. „Faktisch hat die deutsche Politik einer medialen Reaktion auf die Ereignisse in Japan proaktiv vorgegriffen“, resümieren die Forscher in ihrer Medienanalyse.

Die Bundeskanzlerin hätte schon am Tag nach dem Reaktorunfall ihre Politik mit dem Ereignis verknüpft. „Der Reaktorunfall bot der

Bundeskanzlerin die Gelegenheit, sich an die Spitze eines erneuten Wandels der Atompolitik zu stellen“, schreiben Weiß und seine Kollegen.

Zu ihrer Berichterstattung befragt, gaben sich Journalisten in Deutschland unkritisch. Zusammen mit seinem Kollegen Richard Lemke hat Kepplinger 166 Medienschaffende in deutschen Redaktionen nach ihrer Meinung zu der Berichterstattung über Fukushima gefragt: Zwei Drittel fanden das Medienecho in Deutschland zu dem Reaktorunfall „völlig akzeptabel“ oder „durchaus vertretbar“, nur vier Prozent hielten die Praxis für „völlig inakzeptabel“.

70 Prozent der befragten Journalisten meinten, dass Fukushima „endgültig bewiesen“ habe, dass „die Risiken der Kernenergie nicht tragbar sind“. Nur knapp die Hälfte der Befragten hielt die Voreingenommenheit für problematisch, um eine objektive Meinungsbildung der Leser zu ermöglichen, berichtet Kepplinger.

Dabei hatte die Reaktorkommission der Bundesregierung nach Fukushima in einem Sondergutachten festgestellt, dass ein Ereignis wie in Japan „in Deutschland praktisch ausgeschlossen ist“, deutsche AKW zudem sicherer sind als die Anlagen in Fukushima. Journalisten hierzulande hingegen hatten sich laut Kepplinger bereits in einer Umfrage ein Jahr vor Fukushima zu 85 Prozent gegen eine Verlängerung der Laufzeiten deutscher Kernkraftwerke ausgesprochen.

2013 stellte ein Untersuchungsbericht der Vereinten Nationen (UN) fest, dass es zweifelhaft ist, ob überhaupt ein Mensch aufgrund der Strahlung aus den havarierten Reaktoren in Fukushima starb oder noch sterben wird. Kepplinger hat die Rezeption des UN-Reports untersucht: In Deutschland sei er damals „von fast allen Medien totgeschwiegen worden“.

Erst jetzt, acht Jahre nach dem Bericht, erscheinen auch in deutschen Medien vereinzelt Artikel, welche die Wahrheit über die Folgen des Fukushima-Unfalls thematisieren.

<https://www.welt.de/wissenschaft/plus227989215/Fukushima-Wie-Medien-Deutschlands-Atomausstieg-herbeischrieben.html>